

Deutschland-Ober-Flörsheim: Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen
OJ S 46/2023 06/03/2023
Auftragsbekanntmachung
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Ortsgemeinde Ober-Flörsheim
Postanschrift: Walterplatz 1
Ort: Ober-Flörsheim
NUTS-Code: DEB3B Alzey-Worms
Postleitzahl: 55234
Land: Deutschland
Kontaktstelle(n): Verbandsgemeindeverwaltung Alzey-Land, Weinrufstraße 38, 55232 Alzey
E-Mail: bauer.jens@alzey-land.de
Telefon: +49 6731/409-218
Fax: +49 6731/409-6218
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.alzey-land.de

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.subreport.de/E69772197>
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.subreport.de/E69772197>
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Sanierung und Erweiterung der Kindertagesstätte in Ober-Flörsheim; Vergabe von Fachplanungsleistungen Technische Gebäudeausrüstung (Elektro) - Los 03

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Die Prognosen und die bereits vorliegenden Anmeldungen für die Kindertagesstätte (Kita) in der Ortsgemeinde Ober-Flörsheim zeigen, dass langfristig gesehen eine weitere Gruppe in der Kita erforderlich sein wird.

Entsprechend soll eine Erweiterung auf eine 4-gruppige Kita in der Turnhallenstraße 23 in 55234 Ober-Flörsheim unter Berücksichtigung der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen (z. B. Brandschutz, Raumprogramm etc) erfolgen.

Nähere Details sind den Angaben zum Vergabeverfahren zu entnehmen. Gegenstand dieses Loses 03 sind die Fachplanungsleistungen Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI 2021 nach Anlagegruppen 4, 5, 6, 7 und 9.

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

Wert ohne MwSt.: 57 000,00 EUR

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

71321000 Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE Deutschland

NUTS-Code: DEB Rheinland-Pfalz

NUTS-Code: DEB3 Rheinhessen-Pfalz

NUTS-Code: DEB3B Alzey-Worms

Hauptort der Ausführung: 55234 Ober-Flörsheim, Turnhallenstraße 23

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Die Ortsgemeinde Ober-Flörsheim vergibt Fachplanungsleistungen (Elektro) für die Sanierung und Erweiterung der Kindertagesstätte Ober-Flörsheim.

Ausgeschrieben werden die Leistungsphasen 1 bis 9 gem. § 55 HOAI 2021, Anlagengruppen 4, 5, 6, 7 und 9.

Eine stufenweise Beauftragung ist vorgesehen.

In der Leistungsstufe 1 sollen die Leistungsphasen 1 bis 4 nach HOAI 2021 sowie die in diesen Phasen erforderlichen Besonderen Leistungen beauftragt werden.

In der Leistungsstufe 2 beabsichtigt die Ortsgemeinde Ober-Flörsheim die Vergabe der Leistungsphasen 5 bis 9 nach HOAI 2021 sowie die in diesen Phasen erforderlichen Besonderen Leistungen.

Die Gesamtplanungsleistungen der Objekt und Fachplanungen werden in mehrere Losen vergeben.

Gegenstand dieser Bekanntmachung ist das Los 03 -Fachplanungsleistungen Elektro.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Systematische Herangehensweise an die Planungsaufgabe, bewertet auf Grundlage der Konzeptidee technische Ausrüstung des Gebäudes und der Innenräume, sowie der Freianlagen / Gewichtung: 30 %

Qualitätskriterium - Name: Qualitätsmanagement im Rahmen der Planung und geplante Methoden zur Einhaltung von Baukosten und Bauzeit. Vorläufige Kostenannahme mit Erläuterung der Grundlage (bspw. BKI) auf Basis der Flächen und Einschätzung zur Kostenplausibilität des vorgegebenen Kostenrahmens zum Raumprogramm / Gewichtung: 15 %

Qualitätskriterium - Name: Örtliche Präsenz und Organisation in der Phase der Bauüberwachung / Gewichtung: 15 %

Qualitätskriterium - Name: Gesamteindruck der zur Verfügung gestellten Unterlagen sowie Bewertung der Ausführungspläne / Gewichtung: 15 %

Qualitätskriterium - Name: Akzeptanz des Vertrages / Gewichtung: 5 %

Preis - Gewichtung: 20 %

II.2.6. Geschätzter Wert

Wert ohne MwSt.: 57 000,00 EUR

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 01/05/2023 Ende: 31/12/2024

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Bei Notwendigkeit kann unter Begründung der Vertrag verlängert werden.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Die Ortsgemeinde Ober-Flörsheim vergibt Fachplanungsleistungen (Elektro) für die Sanierung und Erweiterung der Kindertagesstätte Ober-Flörsheim.

Ausgeschrieben werden die Leistungsphasen 1 bis 9 gem. § 55 HOA 2021, Anlagegruppen 4, 5, 6, 7 und 9. Eine stufenweise Beauftragung ist vorgesehen.

In der Leistungsstufe 1 sollen die Leistungsphasen 1 bis 4 nach HOAI 2021 sowie die in diesen Phasen erforderlichen Besonderen Leistungen beauftragt werden.

In der Leistungsstufe 2 beabsichtigt die Ortsgemeinde Ober-Flörsheim die Vergabe der Leistungsphasen 5 bis 9 nach HOAI 2021 sowie die in diesen Phasen erforderlichen Besonderen Leistungen.

Die Gesamtplanungsleistungen der Objekt- und Fachplanungen werden in mehreren Losen vergeben.

Gegenstand dieser Bekanntmachung ist das Los 03 - Fachplanungsleistungen Elektro.

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1.

Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

1. Erklärung des Bewerbers, dass in der Person des Bewerbers oder durch ein Verhalten seiner Person oder durch das Verhalten einer Person, die dem Bewerber zuzurechnen ist, keine Ausschlussgründe nach § 42 Abs.1 VgV in Verbindung mit § 123 GWB begründet sind;
2. Erklärung des Bewerbers, dass in der Person des Bewerbers oder durch ein Verhalten seiner Person oder durch das Verhalten einer Person, die dem Bewerber zuzurechnen ist, keine Ausschlussgründe nach § 42 Abs. 1 VgV in Verbindung mit § 124 GWB begründet sind;
3. Erklärung des Bewerbers, dass keine Abhängigkeiten von Ausführungs- und Lieferinteressen bestehen (gemäß § 73 Abs. 3 VgV). Gehört der Bewerber einer Gruppe von Unternehmen an, hat er mit seinem Teilnahmeantrag zu erklären, inwieweit er mit den weiteren Unternehmen verknüpft ist;
4. Ist der Bewerber eine juristische Person, hat er mit seinem Teilnahmeantrag einen Handelsregisterauszug oder gemäß den Rechtsvorschriften seines Heimatstaates einen entsprechenden Nachweis vorzulegen.

Die vorgenannten Auskünfte sind mit dem Bewerbungsbogen zu erklären. Werden die Leistungen von einer Bietergemeinschaft angeboten, sind die Auskünfte gemäß vorstehenden Ziffern 1 bis 4 für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erklären. Will sich der Bieter bei der Leistungserbringung eines Dritten bedienen, sind die Auskünfte auf Verlangen auch vom Dritten abzugeben.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

1. Erklärung über den Gesamtumsatz des Bewerbers und seinen Umsatz für die Dienstleistungen, die mit der ausgeschriebenen Planungsleistung vergleichbar sind, in den letzten 3 Geschäftsjahren (§ 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV);
2. Erklärung, ob und hinsichtlich welcher Leistungen sich der Bewerber der Kapazitäten anderer Unternehmer bedient, und dass die dann erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen (§ 47 Abs. 1 VgV);
3. Angaben des Teils des Auftrages, den der Bewerber unter Umständen an Dritte vergeben will;
4. Der Bewerber muss über eine Berufshaftpflichtversicherung verfügen, deren Deckungssumme für Personenschäden mindestens 2.000.000 EUR, für Sachschäden und Vermögensschäden mindestens 1.000.000 EUR beträgt (§ 45 Abs. 1 Nr. 3 VgV).

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Die vorgenannten Mindestdeckungssummen müssen mind. zweifach pro Versicherungsjahr zur Verfügung stehen. Dies ist durch eine Bescheinigung über die Haftpflicht- oder durch eine Exzedentenversicherung nachzuweisen. Die geforderten Nachweise sind mit dem Angebot einzureichen. Für den Nachweis genügt die Zusicherung des Bieters zum Abschluss dieser Versicherung im Auftragsfall in Verbindung mit einer schriftlichen Zusicherung des Haftpflichtversicherers über die Möglichkeit des Abschlusses einer entsprechenden Versicherung in der geforderten Höhe. Im Falle einer Beauftragung einer Arbeits-/Bietergemeinschaft haftet jedes Mitglied gesamtschuldnerisch.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- 1) Tabellarische Liste, in der die zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen namentlich genannt und unter Nennung der jeweiligen Befähigung zur Berufsausübung aufgeführt

werden. Diese sind durch Vorlage von Berufszulassungsurkunden bzw. Studiennachweisen oder sonstigen vergleichbaren Belegen nachzuweisen (§ 46 Abs. 3 Nr. 6 VgV);
2) Erläuterung, aus der die Anzahl der Beschäftigten und deren Ausbildung der letzten 3 Jahre (Führungspersonal, Architekten, Ingenieure, Techniker etc.) hervorgeht (§ 46 Abs. 3 Nr. 2 VgV);

3) Will sich der Bieter bei der Leistungserbringung eines Dritten bedienen, sind die Auskünfte auf Verlangen der Vergabestelle auch vom Dritten abzugeben.

Die vorgenannten Auskünfte sind mit dem Bewerbungsbogen zu erklären.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

I) Mindestanforderung an die Bürogröße:

Der Bewerber muss mindestens hinsichtlich der Person des Planers und des Bauüberwachers über die Qualifikation eines abgeschlossenen Studiums Schwerpunkt Elektrotechnik oder vergleichbar verfügen. Alternativ wird gleichwertig zum abgeschlossenen Studium die Qualifikation durch eine abgeschlossene Ausbildung zum Techniker/Meister mit mindestens 10 Jahren Berufserfahrung in diesem Bereich anerkannt. Dies ist mit den Unterlagen nachzuweisen.

Darüber hinaus einen Vertreter von mind. gleicher Qualifikation. Für den Vertreter wird gleichwertig zum abgeschlossenen Studium die Qualifikation durch eine abgeschlossene Ausbildung zum Techniker/Meister mit mindestens 10 Jahren Berufserfahrung in diesem Bereich anerkannt. Dies ist mit den Unterlagen nachzuweisen.

II) Mindestanforderung an die Erfahrung des Bewerbers:

Der Bewerber hat seine besondere Erfahrung mit den Fachplanungsleistungen technische Ausrüstung für den Neubau, der Sanierung oder der Erweiterung von Kindertagesstätten oder vergleichbarer Nutzung durch geeignete Referenzen nachzuweisen.

Geeignet sind solche Referenzen, die die nachfolgenden Anforderungen an die Vergleichbarkeit erfüllen und im Rahmen derer die Projekte kosten- und termingerecht abgewickelt wurden.

Es sind Referenzobjekte anzugeben, die die nachfolgenden Bedingungen erfüllen:

Es sind mindestens/insgesamt 3 Referenzobjekte anzugeben.

Davon müssen 2 Referenzen den Neubau, die Sanierung oder die Erweiterung von Kindertagesstätten oder mit vergleichbarer Nutzung, mit vergleichbarer Größe anrechenbare Kosten der Kostengruppen 400 nach DIN 276 mindestens 200.000 EUR (netto) und Vergabe der Bauleistungen nach VOB/A zum Inhalt haben.

Bei allen Referenzen müssen mindestens die Planungsleistungen (hier jeweils mindestens Leistungsphasen 3-6 und 8) erbracht worden sein und die Fertigstellung (d. h. Abschluss der Lph. 8, alternativ die Inbetriebnahme) muss nach dem 1.1.2012 erfolgt sein.

Für alle Referenzen hat der Bewerber Auskunft darüber zu geben, wie sich die Bauzeit und die Baukosten entwickelt haben (Vergleich der Ergebnisse zum Zeitpunkt des Abschlusses der Leistungsphase 3, der Leistungsphase 7 und der Projektergebnisse nach Abschluss der Leistungsphase 8). Abweichungen zwischen den Projektergebnissen und dem Kostenanschlag sowie der geplanten Bauzeit zum Zeitpunkt der Vergabe sind zu begründen. Hinsichtlich aller Referenzen ist darzustellen, inwieweit die im Rahmen der Referenzobjekte erbrachten Leistungen von den zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen erbracht worden sind.

Zu allen Referenzen muss der Bewerber den Namen, die Anschrift und die Kontaktdaten des Referenzgebers mitteilen.

Für die Referenzangaben sollte der Referenzbogen genutzt werden. Die Referenzangaben sind mit dem Bewerbungsbogen einzureichen.

Die Referenzbestätigung sollte nicht durch den Bewerber selbst unterzeichnet werden, sondern ist vom jeweiligen Auftraggeber zu unterzeichnen. Anstelle dieser Unterschrift werden vorhandene Bestätigungs- oder Referenzschreiben der auftraggebenden Stelle akzeptiert.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Zugelassen ist, wer nach den Architektengesetzen oder Ingenieurgesetzen der Länder berechtigt ist, die Berufsbezeichnung Ingenieur zu tragen, oder nach den EG-Richtlinien, insbesondere der Richtlinien für die gegenseitige Anerkennung der Diplome, berechtigt ist, in der Bundesrepublik Deutschland als Ingenieur tätig zu werden.

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

Der Auftraggeber wendet das Landestariftreuegesetz (LTTG) Rheinland-Pfalz an.

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Offenes Verfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 03/04/2023 Ortszeit: 10:30

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 31/12/2023

IV.2.7. Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Tag: 03/04/2023 Ortszeit: 10:30

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

1. Die Bewerbung und das Angebot sind in all ihren Bestandteilen in deutscher Sprache zu verfassen.
2. Hinsichtlich der erbetenen Auskünfte zur Erfüllung der Teilnahmebedingungen ist der Bewerbungsbogen zu verwenden. Der Bewerbungsbogen kann ausschließlich elektronisch über die Vergabeplattform bezogen werden.
3. Die Verwendung des Bewerbungsbogens als Formularvordruck wird für die Erstellung des Teilnahmeantrages empfohlen, maßgeblich bleibt der Inhalt der EU-Bekanntmachung.
4. Rückfragen von Bewerbern werden nur in Textform über die Vergabeplattform entgegengenommen und von der Vergabestelle nur in Textform über die Vergabeplattform beantwortet. Rückfragen sollen bis spätestens 10 Tage vor Ablauf der Einreichungsfrist für die Teilnahmeanträge gestellt werden. Für den Versand der Einladungen zum Verhandlungsgespräch und der Informations- und Absageschreiben gemäß § 134 GWB verwendet die Vergabestelle die Vergabeplattform Subreport. Im Falle der Bewerbung einer Arbeits-/Bietergemeinschaft aus mehreren Büros erfolgt die Korrespondenz der Vergabestelle mit dem Bewerber ausschließlich über die vom Bewerber angegebenen Kontaktdaten des Bevollmächtigten.
5. Ergänzende Informationen oder sonstige Korrespondenz der Vergabestelle erfolgen grundsätzlich über die Vergabeplattform.
6. Die Teilnahmeanträge sind mit den geforderten Erklärungen und Nachweisen innerhalb der Bewerbungsfrist elektronisch in Textform über die unter I.3) angegebene Vergabeplattform einzureichen. Die Abgabe von schriftlichen Teilnahmeanträgen und/oder Angeboten (in Papierform) ist nicht zugelassen.
7. Die Teilnahmeantrags- und Vergabeunterlagen sind ausschließlich digital über die Vergabeplattform erhältlich. Es wird empfohlen, diese erst nach einer Registrierung und dem Login herunterzuladen. Werden Teilnahmeantrags- oder Vergabeunterlagen anonym heruntergeladen, erfolgt keine automatische Information über evtl. Änderungen oder Bieteranfragen einschl. deren Beantwortung. Die Einholung dieser Informationen liegt dann in der Verantwortung des Bewerbers/Bieters.

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz

Postanschrift: Stiftsstraße 9

Ort: Mainz

Postleitzahl: 55116

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.rlp@mwvlw.rlp.de

Telefon: +49 6131/16-0

Fax: +49 6131/16-2100

Internet-Adresse: www.mwvlw.rlp.de

VI.4.2. Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: nicht vorhanden

Ort: Mainz

Land: Deutschland

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

gemäß § 155 ff GWB

VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz

Postanschrift: Stiftsstraße 9

Ort: Mainz

Postleitzahl: 55116

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.rlp@mwwlw.rlp.de

Telefon: +49 6131/16-0

Fax: +49 6131/16-2100

Internet-Adresse: www.mwwlw.rlp.de

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

01/03/2023